

Aufgehobene Geschichte

Was die USA vom deutschen Umgang mit historischer Schuld lernen könnten | Von Susan Neiman

Die Aufstände, die wir derzeit in Amerika zu sehen bekommen, werden niemand überraschen, der die Geschichte und Gegenwart des amerikanischen Rassismus kennt. Dennoch hätte ich nicht gedacht, dass mein Buch *Von den Deutschen lernen* brandaktuell im wortwörtlichen Sinn wird.

Als ich anfang, daran zu arbeiten, war so etwas wie eine amerikanische Vergangenheitsaufarbeitung zum ersten Mal angestoßen worden.

2015 wurden neun schwarze Kirchgänger in der Emanuel African Methodist Episcopal Church in Charleston, South Carolina, ermordet. Bilder des Attentäters Dylann Storm Roof zeigten ihn vor der Fahne der Südstaaten, bekannt als Symbol des Rassismus. Auf der Trauerfeier appellierte Präsident Barack Obama an die Nation, die anstößige Fahne endlich einzuholen. Zwei republikanische Gouverneure folgten ihm. Amerikas größtes Warenhaus kündigte an, keine Symbole der Konföderation mehr zu führen.

Ich hoffte, zu der Transformation beizutragen, gerade als amerikanische Jüdin, die seit 1982 überwiegend in Berlin lebt. Auch wenn ich weiß, wie langsam und zaghaft man die Vergangenheitsaufarbeitung in der Bundesrepublik anging, hat Deutschland immerhin etwas geleistet, das Amerika noch nicht gewagt hat: eine öffentliche Anerkennung der historischen Verbrechen der Nation.

Eine bewusste Geschichtsfälschung, die vor 150 Jahren begann, sorgt heute noch dafür, dass nur wenige Amerikaner die Wahrheit über den Bürgerkrieg und seine Folgen kennen – einen Krieg, in dem mehr amerikanische Soldaten fielen als in allen anderen amerikanischen Kriegen zusammen. Bis heute können Neueinwanderer zwei verschiedene Deutungen der Kriegsursachen bei der Einbürgerungsprüfung angeben. Sowohl die Antwort des Nordens – der Krieg ging um die Abschaffung der Sklaverei – als auch die Antwort des Südens – es ging um die Rechte der einzelnen Bundesländer – gelten als korrekt.

Diejenigen, die die Antwort des Südens vorziehen, verschweigen immer, welche Rechte damit verteidigt werden sollten, ob-



Proteste im Lafayette Park in Washington

wohl es in den damaligen Kriegserklärungen stand. Die Konföderation schickte ihre Söhne in die Schlachtfelder zum Schutz des Rechts, andere Menschen zu versklaven.

Mit mehr Menschen und Waffen konnte der Norden den Krieg gewinnen. Der Süden aber hat die Deutungshoheit über den Krieg weitgehend behalten. Überall in den USA wurden Denkmäler ihrer gefallenen Helden errichtet, die *Reconstruction* verteufelt. Unterstützung erhielten sie von der neuen Filmindustrie, die hunderte von Filmen produzierte, die die Rebellen der Südstaaten glorifizierten.

Aus vielen Quellen entstand das Mythos des *lost cause*, der „verlorenen Sache“ – eine Kriegsgeschichte, in der edelmütige Südstaatler, die nur ihre Heimat verteidigen wollten, von den Yankees überwältigt wurden. Ihre Männer waren verwundet oder in Kriegsgefangenschaft, ihre Frauen wurden geschändet, ihre Kinder hungerten, ihre Städte lagen in Schutt und Asche. Und dann versuchten diese vulgären Yankees, ihnen auch noch die Kriegsschuld in die Schuhe zu schieben!

Älteren deutschen Leserinnen und Lesern werden solche Litaneien bekannt sein. Jahrzehnte nach dem verlorenen Weltkrieg war das Selbstbild der meisten Bürger der Bundesrepublik kaum anders. Doch die deutsche

Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit, so zaghaft und langsam sie auch war, hat zumindest dies geleistet: Es vollzog sich ein Perspektivwechsel von den Opfern zu den Tätern – etwas, was die Südstaaten und ihre Unterstützer seit 155 Jahren erfolgreich verhindern.

Obwohl ich im Süden geboren bin zu einer Zeit, in der es schwarzen und weißen Kindern verboten wurde, zusammen zu schwimmen, wusste ich fast nichts über die Zeit zwischen dem Ende des Bürgerkriegs 1865 und dem Anfang der Bürgerrechtsbewegung 1955. Diese Gedächtnislücke war für weiße Amerikanerinnen und Amerikaner üblich, und sie war bewusst produziert – unter anderem, indem diese Epoche unter dem verklärenden Namen „Jim Crow“ bekannt wurde. Jim Crow war die rassistische Karikatur eines weißen Schauspielers. Eine

DR. SUSAN NEIMAN

ist US-Amerikanerin und Philosophin. Seit 2000 ist sie Direktorin des Einstein Forums in Potsdam. Im März erschien ihr Buch *„Von den Deutschen lernen: Wie Gesellschaften mit dem Bösen in ihrer Geschichte umgehen können“* bei Hanser Berlin.

ganze Epoche nach ihm zu benennen, suggerierte, dass es eine Zeit voller bedauerlicher, aber harmloser Vorurteile war. Tatsächlich war es eine Zeit des rassistischen Terrors – wie Bryan Stevenson, Autor der bahnbrechenden Studie *„Ohne Gnade. Polizeigewalt und Justizwillkür in den USA“* (Piper) und Initiator der nationalen Gedenkstätte für Lynchmord, die *Ära* nennt.

Da Sklaven als Besitz galten, wurden sie oft gefoltert, aber selten ermordet; schließlich hatten die Sklavhalter viel Geld für sie bezahlt. Mit der offiziellen Abschaffung der Sklaverei hat sich das geändert. In der kurzen Zeit der *Reconstruction* wurden weitere Bürgerrechte für die befreiten Afroamerikaner erkämpft: Schwarze Abgeordnete saßen im Kongress, Reparationen für die Sklavenszeit wurden bezahlt. Aber 1877 haben die *Radical Reconstructionists* die Macht im Kongress verloren, und die *Black Codes* wurden erlassen – Gesetze, die viele normale Tätigkeiten von Schwarzen kriminalisierten. Arbeitslosigkeit war Grund für eine Verhaftung – wie auch lautes Sprechen in der Nähe einer weißen Frau, ebenso der Verkauf von Gemüse nach Sonnenuntergang. Der Ku-Klux-Klan wuchs, um solche Gesetze zu verteidigen. Nichts war einfacher, als Verbrechen zu erfinden und Afroamerikaner entsprechend zu verurteilen.

So entstanden Zustände, die noch brutaler als die Sklaverei waren. Nach dem neuen System waren Häftlinge kein Besitz, sondern wurden von den Staatsgefängnissen an Privatunternehmen ausgeliehen, um Kohle zu fördern, Stahl zu schmieden, Baumwolle zu pflücken. Beim Tod der Häftlinge entstanden also keine „materiellen Verluste“; in einigen Straflagern betrug die Sterblichkeitsrate 40 Prozent. Wenn ein Häftling aufgrund von Mangelernährung, Auspeitschungen, Überarbeitung oder Krankheit starb, konnte das Unternehmen immer einen neuen bekommen.

Dieses Häftlingssystem wurde erst mit dem Zweiten Weltkrieg verboten – nachdem die Japaner darauf aufmerksam gemacht hatten, um *people of color* zu überreden, nicht mit in den Krieg zu ziehen, da die USA offensichtlich ihre Interessen nicht berücksichtigten. Doch die Epoche des Terrors ist noch nicht zu Ende. Der Ku-Klux-Klan ist noch heute aktiv, nicht nur im Süden, und es gibt bis heute kein Bundesgesetz gegen Lynchmord. Erst 2018 wurde ein Gesetz im Repräsentantenhaus bewilligt, doch am Tag der Trauerfeier für George Floyd hat der Republikaner Rand Paul aus Kentucky die endgültige Verabschiedung des Gesetzes im Senat blockiert. Kein Wunder, dass *Black Lives Matter* die polizeilichen Angriffe auf Schwarze in der altbewährten Tradition des Lynchmords sehen. Das Lynchens ist ja nicht einmal landesweit verboten.

Die gegenwärtigen Aufstände bereiten aber auch Hoffnung. Nicht nur in den USA, sondern in weiten Teilen der Welt stehen weiße Leute nun auf – in Solidarität mit schwarzen Frauen und Männern, aber auch mit der Forderung, die rassistische Geschichte ihrer Länder endlich aufzuarbeiten.

Amerikaner, die seit Trump wissen, dass neozaristisches Gedankengut nicht etwa nur ein deutsches Problem war beziehungsweise ist, sind derzeit gern bereit, von den Deutschen zu lernen. Viele Deutsche, die sich gerade in diesen geschichtspolitischen Fragen vor Selbstgefälligkeit schützen wollen und in Selbstkritik geübt sind, reagieren oft skeptischer. Doch gerade diese Selbstkritik ist etwas, was man von den Deutschen lernen kann.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbriefts. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Unvollendet

Kommt noch etwas nach? Fast kein Vierteljahrhundert, fast die Hälfte ihres Lebens bewegte Andrea Nahles die SPD – drangsalierend und dienend. Die Katholikin aus der Eifel übte alle wichtigen Ämter aus, die die Bundes-SPD vergeben kann: Vorsitzende der Jungsozialisten, stellvertretende Vorsitzende, Generalsekretärin, Parteivorsitzende und Vorsitzende der Bundestagsfraktion. Sie war 1995 dabei, als der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping gestürzt wurde. Sie gehörte zu den Gegnern von Gerhard Schröder. Sie verursachte den Rücktritt des Parteichefs Franz Müntefering. Nahles, die am Wochenende fünfzig Jahre alt wird, machte Wandlungen durch. Aus der linken Daueropponentin wurde eine angesehene Bundesministerin für Arbeit und Soziales. Sie sorgte dafür, dass die SPD ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht wurde und abermals eine große Koalition einging. Nahles hat es teuer bezahlt. Abruptes Ende einer Karriere vor ziemlich genau einem Jahr: schlimmes Ergebnis der SPD bei der Europawahl, politische Fehlritte, Machtkämpfe und persönliche Intrigen. Ihre Demission war zwangsläufig.

Das ist mehr als Parteigeschichte. Gegenwart und Zukunft sind voll davon. Sogar bei der Aufstellung von Bundestagskandidaten – in München etwa. Zu vermerken ist, dass jene Sozialdemokraten, die – von Kevin Kühnert bis hin zum Ministerpräsidenten Stephan Weil – ihr die Gefolgschaft verweigerten, nicht nur die erste Frau an der Spitze von Partei und Fraktion und das Ende der Groko im Visier hatten. Absicht der Anti-Nahles-Front in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen war es nicht zuletzt, eine Kanzlerkandidatur von Olaf Scholz, ihrem kongenialen Bündnispartner, zu vereiteln. Personelle Alternativen aber boten deren Gegner nicht an. Ungezügelt nahmen die Dinge ihren Lauf. Nichts wurde besser, die Umfragen schon gar nicht. Jetzt rudern alle zurück – Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken und die Parteifreunde, die den Rücktritt von Nahles erzwangen und Scholz im Kampf um den Parteivorsitz besiegten. Sie loben die Arbeit der Groko und umschmeicheln Scholz. Nahles gab trotz allem keine abschätzigen Interviews zur Lage der Partei. In Kürze tritt sie das Amt als Präsidentin der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation an. Ihr ehemaliger Büroleiter würdigte jetzt ihre Verdienste für die SPD – unter dem Beifall der Scholz-Freunde. Ihre politische Arbeit ist unvollendet.

Wasserstoff marsch!

Gelingt der Bundesregierung mit dem Konjunkturpaket der Wendepunkt in der Energie- und Klimapolitik? | Von Veronika Grimm

Dies könnte der Wendepunkt in der deutschen Energiepolitik werden. Unter dem sperrigen Titel einer nationalen Wasserstoffstrategie, Teil des von der Bundesregierung gerade beschlossenen Konjunkturpakets, wird eine neue Ära der Energie- und Klimapolitik eingeschlagen. Das Vorhaben, konsequent vorangetrieben, wird nicht nur langfristig das Erreichen der Klimaziele bewirken. Die entstehende „Wasserstoffwirtschaft“ eröffnet darüber hinaus der deutschen Industrie Zukunftschancen in vielen Geschäftsfeldern, die auf ihren traditionellen Stärken aufbauen.

Die hohe Bedeutung von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen für eine zukünftig klimaneutrale Wirtschaft ist spätestens seit dem Jahr 2019 weltweit erkannt. Die Klimaneutralität, die mit dem European Green Deal für das Jahr 2050 angestrebt wird, kann nur erreicht werden, wenn alle Sektoren entschlossen defossilisiert werden. Nicht überall kann dies über die direkte Nutzung von regenerativ erzeugtem Strom geschehen, wie beispielsweise bei batteriebetriebenen Fahrzeugen.

Teile des Schwerlastverkehrs und der Luftfahrt, weite Teile der chemischen Industrie und auch die Langzeitspeicherung von Strom können nach heutigem Kenntnisstand am besten über Wasserstoff und darauf basierende synthetische Energieträger klimaneutral gestellt werden. Wir werden also eine Infrastruktur zur Nutzbarmachung und zum Transport von Wasserstoff benötigen. Ist diese Infrastruktur erst einmal verfügbar, so ergeben sich auch weitere Anwendungsfelder für Wasserstoff und synthetische Energieträger, zum Beispiel in der Mobilität und zur Wärmezeugung.

Bemerkenswert ist: Die nationale Wasserstoffstrategie hat einen umfassenden Blick auf die Wasserstoffwirtschaft. Es geht um die Entwicklung ganzer Wertschöpfungsketten, von der Erzeugung über die Logistik bis hin zur Anwendung.

Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe können insbesondere dort attraktiv sein, wo heute Dieselmotoren zum Einsatz kommen, zum Beispiel Antriebe für Schiffe, Züge, Lastwagen, Busse, Bau- und Forstmaschinen, landwirtschaftliche Maschinen oder Langstrecken-PKW. Weitere

neue Anwendungsfelder eröffnen sich in der Industrie und im Wärmesektor.

Die benötigten Mengen an Wasserstoff werden perspektivisch nicht allein in Deutschland erzeugt werden können. Heute importieren wir etwa 72 Prozent unserer Primärenergie. Wasserstoff und synthetische Energieträger ermöglichen in Zukunft den Import von erneuerbarer Energie auf dem Seeweg aus Regionen, die nicht im Einzugsbereich des Stromnetzes sind. Dabei wird es zum Teil möglich sein, die heutigen Transportinfrastrukturen für fossile Energieträger wie Erdgas oder Erdöl mit leichten

PROF. DR. VERONIKA GRIMM

lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Nürnberg-Erlangen. 2020 wurde sie als Wirtschaftsweisen in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berufen, Deutschlands wichtigstes wirtschaftspolitisches Beratungsgremium.

Anpassungen zu nutzen. Modellrechnungen legen nahe, dass Wasserstoff aus allen Regionen der Welt importiert werden kann, in denen die Stromgestehungskosten sehr gering sind. Dadurch ergeben sich Chancen, neue Energiepartnerschaften zu schließen, nicht nur in Europa.

Ein weiterer Vorteil: mit größeren Mengen sinken die Kosten. Ein wichtiger Schritt, um die Wirtschaftlichkeit der inländischen Wasserstoffherzeugung zu verbessern, ist aber auch die Anpassung der energiepolitischen Rahmenbedingungen. Dort ist der geplante Wegfall der EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) bei der Produktion grünen Wasserstoffs ein erster wichtiger Schritt. Anzustreben wäre eine weitergehende Energiepreisreform, die verzerrende Abgaben und Umlagen so weit wie möglich abschafft und die entfallenden Einnahmen aus den perspektivisch steigenden CO₂-Preisen refinanziert. Je mehr über Angebot und Nachfrage und je weniger über spezifische und kleinteilige Fördermechanismen gesteuert wird, desto einfacher wird es sein, die Erwartungen aller Marktteilnehmer in Einklang zu brin-

gen und privatwirtschaftliche Investitionen in großem Umfang auszulösen.

Da sich die sozialen Kosten von Treibhausgasemissionen auf absehbare Zeit noch nicht in den Emissionspreisen widerspiegeln werden, sind auch Quoten, etwa für grünen Stahl oder für die Beimischung im Erdgasnetz sowie bei Kraftstoffen, geeignet, die Nachfrage nach grünem Wasserstoff zu erhöhen. Dazu muss aber auch schlichtweg in die entsprechende Infrastruktur investiert werden, um überhaupt die Voraussetzung für die Nutzung von Wasserstoff und synthetischen Energieträgern zu schaffen. Diese müssen teils öffentlich getätigt werden, können aber zum großen Teil auch durch Zuschüsse ausgelöst oder einfach, klug kontrolliert, von privaten Investoren getragen werden.

Entscheidend für den Erfolg ist ein pragmatisch aufeinander abgestimmtes Vorgehen des Bundes und der Unternehmen. Tatsächlich dürfte sich in diesem nicht einfachen, aber möglichen und chancenreichen Zusammenspiel die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt entscheiden.